

Wirtschaftliche



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Ullstein, Chefredaktor: Georg Bernhard, Verantw. Redaktionsrat: Anton Schmalz (Amtsrat) mit Max H. Berlin, Vauert. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 880-9675. Für den Verleger: Amt Dönhofs 3665-3095. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachnummer Berlin 10409.

Der Streit um die Versicherung

Wiffell und Curtius

Durch die Reform der Arbeitslosenversicherung sind Reichs-Industrie und Noterwerbslosen für die der künftigen Aufgaben gestellt. Darum, daß sich das sozialpolitische Problem nicht einfach in Einklang bringen läßt mit dem finanziellen Können des Reiches, ergibt sich ein innerpolitisches Problem als Verteilungsfrage für die Koalition. Es ist deshalb von der Reichsregierung auch mit behutsamer Vorsicht angefaßt worden. Obwohl das Kabinett sich schon mehrfach mit den Vorschlägen des Reichsarbeitministers und den Gesamtorganisationen des Reichsindustriellen sowie der Arbeitervereine in eingehender Weise befaßt hat, hat es eine endgültige Entscheidung bisher vermeiden und abhinauf gemocht von dem Ergebnis einer internationalen Aussprache zwischen den Regierungen. Wichtigkeit wurde die Einsetzung eines größeren Ausschusses beizulegen, der aus Mitgliedern des Reichstages, Vertretern der Reichsindustrie, und Arbeitnehmers-Vertretern besteht und Vorschläge für die Ausarbeitung der Versicherung entwerfen soll. Die internationale Aussprache der Koalitionsparteien wird heute erörtert. Der Gesamtverhandlungs-Ausschuß ist offiziell noch nicht ernannt, soll aber in kurzer Zeit zusammenberufen werden.

Die Reichsindustriellen, die man weiß, eine Forderung des Problems ins Auge gefaßt. Durch ein „Collectif Programm“ sollen die nötigen finanziellen Mittel für die Ausarbeitung der Versicherung erschaffen werden. Auf Grund der genannten Erklärung und der Vorschläge der vom Reichsarbeitminister eingeleiteten Enquete soll ein Gesetzentwurf ausgearbeitet werden, der die neuen Grundzüge für die Versicherung festlegt. Darüber besteht im Kabinett und in der Koalition Einigkeit. Der Gegensatz zwischen Wiffell und Curtius läßt sich in folgenden Feststellungen fassen:

Der Reichsarbeitminister will das soziale Ziel der Arbeitslosenversicherung, wie es geschaffen wurde, möglichst unangefast lassen und die finanziellen Schwierigkeiten durch eine Erhöhung des Beitrages überwinden. Der Reichsindustrieminister ist gegen eine Erhöhung der Beiträge und will die als Notwendigkeit allgemein anerkannte Einführung des Etats durch eine Verengung des Kreises der Versicherten erreichen.

Die Sozialdemokraten haben sich auf dem Wuppertaler Parteitag im Sinne der Forderung der Reichsindustriellen erklärt. Der Reichsindustrieminister hat sich gegen die Forderung der Reichsindustriellen erklärt. Er ist gegen eine Erhöhung der Beiträge und will die als Notwendigkeit allgemein anerkannte Einführung des Etats durch eine Verengung des Kreises der Versicherten erreichen.

auf der Regierungsbank und in den sozialdemokratischen Kreisen weniger. Es ist aber anzunehmen, daß man heute auf beiden Seiten bemüht sein wird, die Vermittlung zu betreiben durch neuerliche Erklärungen der sozialdemokratischen Reichstagsopposition und vielleicht auch des Reichsindustrieministers. Es hat niemand ein Interesse daran, den sachlichen Gegensatz, der immer genug ist, durch pietätvolle Abneidigkeit noch zu verhässeln.

Dah es gelingen wird, die Beratung der Entschärfungen noch während der laufenden Sitzung des Reichstages abzuschließen, ist ebenfalls für ungewiss. Der eigentliche Kampf um die Versicherungsreform, in dem die Behandlung der Saisonarbeiter eine sehr wichtige Rolle spielt, wird erst im Herbst, in der Winterperiode, die für September in Aussicht genommen ist, angetrieben werden.

Der Reichsbahnschiedspruch verbindlich

Bedingung durch Reichssubvention?

Der Reichsarbeitminister Wiffell hat heute vorläufig den Reichsbahnschiedspruch bei der Reichsbahn für verbindlich erklärt.

Der Schiedspruch, der am 23. Mai gefaßt wurde, sieht eine durchschnittliche Erhöhung der Löhne um 3,2 Prozent vor. Demgegenüber ist die Reichsbahn jährlich mit 43,2 Millionen Reichsmark mehr belastet.

Da die Reichsbahn bereits bei Fällung des Schiedspruches erklärt hatte, sie könne eine genügende Deckung die Mehrkosten nicht tragen, wird sie nunmehr unwillig mit der Regierung wegen der Bedingungsfrage in Verhandlungen eintreten. Es besteht, wie wir hören, die Wahrscheinlichkeit, daß die Reichsregierung

der Reichsbahn finanziell helfen zu Hilfe kommt, als diese Hälfte einen Teil der Ertragsanteile der Reichsbahn für sich nicht verwenden können. Größter Teil der Reichsbahn der Reichsregierung die gesamten 100 bis 140 Millionen betragenden Einnahmen aus der Reichsbahn überweisen. Nach dem Dawesvertrag und künftig nach dem Young-Vertrag, sind aber jährlich nur 200 Millionen aus der Reichsbahn für die Reparationen zu begehren. Es ist also möglich, daß die Reichsbahn für die 20 bis 30 Millionen betragenden Differenz für sich nicht bezahlen können. In diesem Falle könnte die ohne Schwierigkeiten die Mehrkosten der Lohnschätzung werden.

Der Reichsarbeitminister hat den Schiedspruch in der Lohn- und Arbeitslosigkeit im Lager der Reichsbahn für verbindlich erklärt.

Curtius über Exportförderung

Die Lagung der Maschinenbauer

Der Spitzenverband des größten Zweiges der deutschen Fertigungsindustrie, der Verein Deutscher Maschinenbauvereine, hielt heute im großen Saal des Reichstages nach zweiwöchiger Pause seine Mitgliederversammlung ab, an der die Reichsminister Dr. Curtius und Wiffell sowie Vertreter aller großen Wirtschaftskörperschaften teilnahmen.

Dr. Curtius, der die Sorgen und Aufgaben der Maschinenbauindustrie hin, Bemerkenswerterweise jagt er mit seinem Wort auf die jüngste Elfenbeinverhandlung und auf den Antriebsengpass zwischen Schwerindustrie und Fertigungsindustrie ein. Wohl aber heilte er mit, daß neuerdings eine Gemeinschaftsarbeit zwischen elfenbeinverhandlung und unternehmensarbeitender Industrie zur weiteren Lösung der Qualität und zur Förderung der Ausfuhr deutscher Erzeugnisse eingeleitet worden sei.

Nach diesem Ausfall konnte es nicht Wunder nehmen, wenn auch Reichsminister Dr. Curtius in seiner Ansprache jede Auswertung über seine Stellung zu der Preispolitik des Schwerindustriellen Bereichs vermied. Er lehnte es auch ab, zu dem Ergebnis der vierer Verhandlungen eine offizielle Stellung zu nehmen. Seine persönliche Meinung formuliert er dahin, daß der neu in Paris entwerfende Reparationsplan nicht geeignet sei, in Deutschland Einfluß auszuüben. Die Erklärung, zu der sich grundsätzlich auch Generaldirektor Reuter bekannte, erzielte einflussreiche Reformen der inneren Wirtschaft. In ihrer Durchföhrung bedürfte es enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat.

Wenn der Staat die Wirtschaft unterstützen und erleichtern dürfen, daß die Wirtschaft auch hierzulande die Bedingungen des Staates erfüllt. Nach Paris wird die wichtigste Forderung darin bestehen, daß die Gouernmental der deutschen Welle und seiner Regierung in allen Teilen des Reiches wiederhergestellt wird, daß also die besetzten Gebiete schrittweise geräumt werden.

Dr. Curtius gab alsdann auf die hervorragende Bedeutung der Wirtschaft für den deutschen Export ein. Die jetzt überall bemerkbare Produktionsbewegung bedrohe den Export aller Länder. Man darf nicht vergessen, daß von den 8 Millionen Industriearbeitern Deutschlands rund ein Drittel für die Ausfuhr arbeite. Der Staat wird der Exportförderung noch wie vor die größte Sorgfalt zuwenden, wenn auch die Mittel hierfür leider noch recht beschränkt sind. Bei der Gesamtproduktion des Maschinenbaus in Höhe von 4 Milliarden entfallen 1,2 Milliarden auf den Export. Davon ein großer Teil auf die kleineren „Mittelhandelsbetriebe“. Dabei ist aber der Anteil Deutschlands an der gesamten Weltmaschinenausfuhr von 29 auf 24 Prozent zurückgegangen, während Amerika seinen Anteil von 27 auf 35 Prozent steigern konnte. Dr. Curtius wendete sich mit Nachdruck gegen den Abzugslauf, daß die Industriellenführung der überseeischen Länder die Möglichkeiten des Exports deutscher Waren behindern könnten. Im Gegenteil: gerade Maschinen, im Aufbau ihrer Industriemittel betriebe, habe einen ungeheuren Bedarf an Produktionsmitteln und anderen hochwertigen Erzeugnissen der deutschen Industrie. Hier liegen Chancen für den deutschen Export, an deren Ausnutzung Staat und Wirtschaft nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt gleichmäßig interessiert sind.

Neben den berechtigten Auslandsinteressen darf aber die Frage des Inlandmarktes, der nun das Rückgrat der Produktion und des nationalen Wohlstandes ist, nicht vergessen werden. Die Forderung, daß eine große Schicht der deutschen Maschinenverarbeiter, nämlich die Kleinbetriebe, sich augenblicklich in einer Krise befindet, macht es noch Dr. Curtius Ansicht erforderlich, gegenüber der Landwirteinfuhr eine

Staatsüberföhrungen auf Befehl

Wiffell deckt Finanzminister Czechowicz

So das polnische Parlament hat mehrere Monaten auf ungenügende Zeit verlegt ist, ist die im innerpolitischen Interesse vor allem auf den Prozeß gegen den früheren Finanzminister Czechowicz, der bekanntlich vom Geism von dem Staatsgerichtshof wegen umfangreicher Staatsüberföhrungen angeklagt ist. Ausföhrungen für den bisherigen Verlauf des Verfahrens ist die Haltung Wiffells, die bereits ein Vorbild für die kommenden Auseinandersetzungen über die Verwendungen der Verfassung bildet.

Der Reichstag hat am 6. Juni öffentlich erklärt, daß dieses ganze Verfahren überflüssig sein würde, wenn er wieder Mitgliederversammlung wäre. Dann habe er sich aber doch als Staatsminister in der Beratungsbefugnis vernehmen lassen, woraus man folgern, daß er seinen Standpunkt geändert hat. Nach einigen Tagen sicherte er aber, daß diese Vernehmung sich in ansehnlich billigen Formen abspielt hat.

Wiffell hatte nun den Untersuchungsrichter empfangen und einem Vertreter des Parlaments, der der Vernehmung beiwohnen wollte, den Zutritt verweigert. Er hatte dann ein Protokoll

diktiert, in dem er erklärte, daß er seine Ausföhrungspflicht für sich nicht anerkenne, da er in dieser Sache als Vorgesetzter nicht nur des Angeklagten, sondern auch des Zeugen und sogar des Gerichts gelten müsse. Die gemündlichen tatsächlichen Angaben Wiffells er aber auf föhrlichem Wege in Aussicht. Sie sind inzwischen dem Reichsgericht vom Ministerpräsidenten und den Värschiden der beiden Parlamente zugegangen.

Während die Regierungspresse die Dokumente als geheim bezeichnet, bringt der sozialistische „Arbeitshilf“, der dem Geheimrat nachsteht, heute einen Auszug daraus. Wiffell nimmt danach die ganze Verantwortung für die Staatsüberföhrungen auf seine Person. Er erklärt, daß der angeklagte Finanzminister und ebenfalls der frühere Ministerpräsident Barthele viel, mehr darauf hingewirkt hätten, daß der Etat überföhrten sein würde. Darauf habe er ihnen bestanden, darauf nicht zu gehen. Auch eine rechtzeitige nachträgliche Rechnungsregelung für die Staatsüberföhrungen, auf die Barthele drang, hätte er, Wiffell, nicht erlaubt.

Eine der erheblichsten Sanhaushaltsüberföhrungen, die Ausgabe von mehreren Millionen Reichsmark für Unterstützung der Kriegsinvaliden und einer für seinen künftigen Erfolg. Dem Fortgang des Verfahrens sieht man daraufhin mit größter Spannung entgegen.